

Kapituliert die Koalition?

Gastkommentar von Philipp Neumann

Die neue Bundesregierung ist gerade erst im Amt, und eine Gesundheitsreform noch in weiter Ferne. Union und FDP aber streiten schon jetzt um die Deutung des Koalitionsvertrags. Einen größeren Fehlstart konnte es nicht geben.

Die Pläne sind groß: Nichts anderes als eine „neue Ordnung“ will die Koalition aus Union und FDP bei der nächsten Gesundheitsreform erreichen. Vor allem die Liberalen wollen ein Finanzierungsmodell für das Gesundheitswesen, das mehrere Jahre übersteht.

Diesen Zahn hat Ex-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) ihrem Nachfolger Philipp Rösler (FDP) schon gezogen: Wenn es eine solche Reform gebe, dann hätte sie ihr Haus aufgeschrieben, sagte sie Rösler bei der Amtsübergabe. Auch sonst hat die Koalition fast kapituliert: Bis 2011 soll alles bleiben, wie es ist: Gesundheitsfonds und einheitlicher Krankenkassenbeitrag bestehen fort. Einziger Unterschied: Einige Kassen müssen von ihren Versicherten zum 1. Januar – oder noch früher – Zusatzbeiträge verlangen. Die einzigen, die sich schon jetzt freuen dürfen, sind die Arbeitgeber: Ihr Beitrag wird festgeschrieben. Das Defizit der Krankenkassen im Jahr 2010 wird über einen noch höheren Steuerzuschuss ausgeglichen.

Die Zahnärzte dürfen immerhin hoffen: Für die vertragszahnärztliche Vergütung will die Koalition „neue Regelungen finden“. Bei der Kostenersatzung sollen „bürokratische Hürden und Hemmnisse“ fallen. Und die GOZ soll endlich angepasst werden – ein Unterfangen, an dem sich schon die Vorgängerregierung versucht hat. Wann und wie das alles geschehen soll – noch ist nichts bekannt.

Wenn Union und FDP den Anspruch hatten, eine Reformkoalition zu bilden, dann sind sie gesundheitspolitisch vorerst gescheitert. Das einzige Ziel ist, die wichtige Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zu überstehen. Vorher soll es keine allzu großen Belastungen geben. Ob es in der Zeit nach 2011 wirklich eine Reform geben wird, steht in den Sternen. Hier konnten sich die Koalitionäre nur auf vage Kompromisse einigen. Die



Foto: privat

Der Autor ist Politikredakteur der Tageszeitung „Die Welt“.

gehen zwar grundsätzlich in die richtige Richtung – zu nennen wäre die geplante Abkopplung der Gesundheitskosten von den Lohnkosten. Eine Regierungskommission soll nun Vorschläge liefern.

Es ist aber schwer vorstellbar, dass sie sich von den Ideen unterscheiden, die seit Jahren auf dem Tisch liegen.

Kein Wunder, dass es schon jetzt Streit gibt. Die CSU kämpft vorsorglich gegen die Gesundheitsprämie, die die FDP und Teile der CDU in ferner Zukunft durchsetzen könnten. Wenn die Bayern nicht verhindern konnten, dass dieser Plan im Koalitionsvertrag steht, dann will die CSU ihn wenigstens so sehr diskreditieren, dass er undurchführbar wird. Vordergründig geht es den Christsozialen um die Milliardenkosten, die der Sozialausgleich einer Gesundheitsprämie kosten würde. Diese Summen sind – im Gegensatz zu großen Steuersenkungen – angeblich nicht bezahlbar. Dahinter aber steht der Wunsch, dass die Bayern nicht mehr über den Gesundheitsfonds die medizinische Versorgung in anderen Bundesländern mitfinanzieren. Ein durchsichtiges Unterfangen, auf das die ostdeutschen Bundesländer zunehmend allergisch reagieren.

Wie der Streit in der Koalition ausgehen wird, wird die Zeit zeigen. Man wird sehen, wie viele Kassen nächstes Jahr einen Zusatzbeitrag brauchen, wie hoch er sein wird und wie die Versicherten darauf reagieren. Bis dahin sind die Staatsfinanzen womöglich so zerrüttet, dass die Prämie tatsächlich nicht mehr bezahlbar wäre.

Gastkommentare entsprechen nicht immer der Meinung der Herausgeber.